



Antrag-Nr. 13/219

öffentlich

Datum: 13.11.2012
Antragsteller: SPD, GRÜNE, FDP

Sozialausschuss	27.11.2012	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 3	03.12.2012	zur Kenntnis
Krankenhausausschuss 2	04.12.2012	zur Kenntnis
Krankenhausausschuss 4	05.12.2012	zur Kenntnis
Krankenhausausschuss 1	06.12.2012	zur Kenntnis
Gesundheitsausschuss	07.12.2012	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	14.12.2012	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	17.12.2012	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	19.12.2012	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2013;
Vernetzung von Krankenhausbehandlung mit Angeboten der Gemeindepsychiatrie**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Verkürzung und Vermeidung von stationären bzw. teilstationären Krankenhausaufenthalten Konzepte zur Sicherstellung von Leistungen aller Leistungsträger (u.a. Krankenkassen) im ambulanten Bereich zu entwickeln und Vorschläge zur Umsetzung zu machen.
Ziel ist dabei, die Angebote im ambulanten Bereich zu vernetzen und einen inklusiven Sozialraum aufzubauen.

Begründung:

Die Einführung des neuen Entgeltes für psychiatrische Kliniken wird finanzielle Anreize für eine frühzeitigere Entlassung der Patientinnen und Patienten setzen, wenn die degressiven Verweildauerkorridore wie geplant umgesetzt werden sollten. Um Drehtüreffekte und die damit verbundenen finanziellen Risiken insbesondere bei chronisch Kranken zu vermeiden, müssen die Kliniken zukünftig mit der Gemeindepsychiatrie noch enger zusammenarbeiten. Stichworte sind aufsuchende Hilfeformen wie Home Treatment, häusliche Krankenpflege, ambulante

Soziotherapie etc..

Zur Sicherung der personenbezogenen ambulanten Betreuung müssen alle Leistungsträger einbezogen und vernetzt werden.

Thomas Böll

Ralf Klemm

Hans-Otto Runkler